

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 80 38/39  
Telex: 08 86 846 pbbn d



## Inhalt

38. Jahrgang / 116

22. Juni 1983

Helmut Rothemund MdL,  
Mitglied des SPD-Vorstan-  
des, zieht Lehren aus dem  
22. Juni 1933: Parteien-  
verdrossenheit und Demo-  
kratiefeindlichkeit ver-  
meiden. Seite 1

Hans Böhler MdB fordert  
den Bundeskanzler auf,  
sich von Windelen und  
Hupka zu distanzieren: Für  
eine ehrliche Politik.  
Seite 3

Jürgen Linde MdB stellt  
fest, daß der Europäischen  
Gemeinschaft feierliche  
Deklarationen nicht hel-  
fen: Jetzt muß die Politik  
als Motor von Wirtschaft  
und Gesellschaft wirken.  
Seite 4

Fritz Gerstl MdB wirft  
Verteidigungsminister Wör-  
ner vor, nicht zu halten,  
was er verspricht: Zwischen  
Anspruch und Wirklichkeit.  
Seite 6

### Dokumentation

Johannes Rau auf dem Par-  
teitag der baden-württem-  
bergischen SPD (Teil II  
und Schluß): Wirtschaft  
und Arbeit - zwei Aufga-  
benfelder vor uns.  
Seite 7

Lehren aus dem 22. Juni 1933

-----  
Parteienverdrossenheit und Demokratiefeindlichkeit vermeiden

Von Helmut Rothemund MdL  
Landes- und Fraktionsvorsitzender der bayerischen SPD  
Mitglied des SPD-Vorstandes

Vor 50 Jahren - am 22. Juni 1933 - wurde die sozialdemokra-  
tische Partei Deutschlands verboten und zur "staats- und  
volksfeindlichen Partei" erklärt. Damit war die Partei, die  
sich bis zuletzt gegen Hitler gestellt hatte, auch aus den  
Volksvertretungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden  
ausgeschlossen, waren die letzten Manner und Warner auf par-  
lamentarischer Ebene ihrer Widerstandsmöglichkeiten gegen  
die braunen Machtheber beraubt.

Damit war das Ende der pluralistischen Parteienlandschaft ge-  
kommen. Die anderen Parteien, die dem Ermächtigungsgesetz zu-  
gestimmt hatten, lösten sich am 4. und 5. Juli 1933 unter  
Druck und Drohungen auf. Am 11. Juli 1933 erklärte der  
Reichsinnenminister die nationalsozialistische Revolution  
für abgeschlossen, am 14. Juli 1933 wurde die NSDAP zur ein-  
zigen Partei erklärt. Der Wandel von der Demokratie zur Dik-  
tatur war damit vollzogen.

Wir sind stolz darauf, daß die SPD - obschon sie ihrer Fi-  
nanzgrundlagen und ihrer parlamentarischen Vertretungen, ja  
selbst ihres Existenzrechtes beraubt war - zwölf Jahre lang  
unter größten Schwierigkeiten, unter Einsatz von Leben und  
Gesundheit ihrer Mitglieder ihrer demokratischen Verpflich-  
tung, der Diktatur sich entgegenzustellen, nachgekommen ist.  
Ebenso stolz sind wir Sozialdemokraten darauf, daß unsere  
Partei nach dem Ende der Hitler-Diktatur wieder erstehen und  
erstarken konnte - ohne daß sie ihren Namen, ihre Struktur,  
ihren inneren Aufbau ändern mußte.



Die politischen Parteien sind heute Lebensgrundlage und Garanten unseres demokratischen Staates. Die Väter des Grundgesetzes haben sie im Artikel 21 mit dieser ebenso ehren- wie verantwortungsvollen Aufgabe betraut: "Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen."

In dieser Verantwortung stehen die politischen Parteien. Zu ihren Aufgaben als Wesensmerkmal der Demokratie gehört die politische Auseinandersetzung. Sie ist eine Notwendigkeit und darf nicht permanent als Parteigezänk, als Parteienhader, als Parteiengeschwätz diffamiert werden. Die Diffamierung der politischen Auseinandersetzung machten bereits die Nationalsozialisten zur Waffe gegen die Demokratie und gegen die sie tragenden Parteien. Mit Erfolg.

Deshalb müssen wir heute mit Sorge feststellen, daß Parteiverdrossenheit - gerade auch bei jungen Menschen - um sich greift, auch wenn sie sich nicht oder noch nicht im Wahlverhalten oder in der Wahlbeteiligung auswirkt. Diese Entwicklung hat gegenwärtig sicher nichts mit Demokratiefeindlichkeit zu tun. Aber Parteiverdrossenheit könnte eines Tages zum geistigen Nährboden werden, aus dem Demokratiefeindlichkeit erwächst.

Deshalb gehört es zur gemeinsamen Verantwortung aller demokratischer Parteien, einer solchen Parteienverdrossenheit durch ihr eigenes Verhalten entgegenzuwirken. Es gehört zur Verantwortung der Medien, nicht durch ihre Darstellung ein falsches Bild der Parteien zu zeichnen. Ich meine, die politischen Parteien, die für eine demokratische Willensbildung unerlässlich sind, haben nicht halb so viel Häme verdient, wie ihnen von einem Teil der Bevölkerung entgegengebracht wird.

Für die SPD füge ich hinzu: Es gibt viele Gemeinschaften, in denen Menschen uneigennützig und voll Idealismus mitarbeiten, weil sie dem Gemeinwohl dienen wollen. Auch die Sozialdemokratische Partei ist eine solche Gemeinschaft. Die vom Idealismus, der Standfestigkeit und der Treue ihrer Mitglieder lebt. Die Sozialdemokratische Partei ist obendrein eine Gemeinschaft, die durch die politische Arbeit ihrer Mitglieder einen entscheidenden, einen unverzichtbaren Beitrag leistet, den Gedanken der Demokratie in unserem Land zu stärken - in der festen und nicht zu erschütternden Überzeugung, daß die Demokratie die einzige Staatsform ist, in der es sich zu leben lohnt.

Um der Demokratie in unserem Lande willen: Ereignisse wie die des 22. Juni 1933 dürfen sich nie mehr wiederholen.

(-/22.6.1983/ks/ca)

+ + +



Für eine ehrliche Politik  
-----

Der Bundeskanzler muß sich von Windelen und Hupka distanzieren

Von Hans Büchler MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Innerdeutsche Beziehungen

Am Donnerstag dieser Woche wird der Bundeskanzler eine Erklärung zur Lage der Nation abgeben. Der Bundeskanzler muß im deutschen Interesse jetzt Farbe bekennen.

Zehn Jahre nachdem der Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik am 21. Juni 1973 in Kraft getreten ist, muß Klarheit geschaffen werden. Der Grundlagenvertrag ist sichtbarer Erfolg einer Deutschlandpolitik, die darauf angelegt war, das Zusammenleben der Menschen in beiden deutschen Staaten erträglicher zu machen. In den vergangenen 13 Jahren hat diese Politik vielfältige menschliche Erleichterungen in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten gebracht und millionenfach Begegnungen zwischen den Menschen in beiden Teilen Deutschlands ermöglicht.

Diese erfolgreiche Politik ist seit der Übernahme der Regierungsgewalt durch die Unionsparteien in Gefahr.

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß mit seinen Sekretären und Abligern außerhalb Bayerns lassen keine Gelegenheit vergehen, in der Deutschlandpolitik nach einer Wende zu rufen.

Eine Wende, die nichts anderes bedeutet, als Konfrontation mit der DDR zu suchen; die zähes und geduldiges Verhandeln durch Härte und Drohgebärde ersetzt. Mit dieser Politik wird alles Erreichte aufs Spiel gesetzt.

Die Bundesregierung aber schweigt beharrlich zu dem ständigen Störfeuer. Bis heute ist eine klare Linie in der Deutschlandpolitik dieser Bundesregierung nicht zu erkennen.

Befremdlich muß im Gegenteil wirken, daß der Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, Windelen, und der CDU-Abgeordnete Hupka sich an diesem Wochenende zu der Aussage verstiegen, das Wiedervereinigungsstreben gelte auch für die heute zu Polen gehörenden Teile des ehemaligen Deutschen Reich. Dies muß jetzt, wo Millionen Menschen in Polen mit großer Hoffnung den Besuch des Papstes verfolgen, als geschmacklos bezeichnet werden.

Im Übrigen stehen solche Äußerungen nicht im Einklang mit dem Warschauer Vertrag.

Hier werden längst verschüttet geglaubte Positionen wieder hervorgeholt.

Sowohl die Deutschen als auch unsere östlichen Nachbarn haben ein Anrecht darauf zu erfahren, mit welcher Politik sie in Bonn rechnen können.

Der Bundeskanzler ist aufgefordert, gerade in diesen alle Deutschen angehenden Fragen eine ehrliche Politik zu betreiben. Im Interesse des Ansehens der Bundesrepublik Deutschland sollte er sich von den Parolen der Herren Windelen und Hupka ausdrücklich distanzieren.  
(-/22.6.1983/ks/ca)

+ + +



Feierliche Deklarationen helfen nicht

Jetzt muß die Politik als Motor von Wirtschaft und Gesellschaft wirken

Von Dr. Jürgen Linde MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Europapolitik der SPD-Bundestagsfraktion

In einer kritischen weltpolitischen Lage haben sich die Hoffnungen auf konkrete Fortschritte in der Zusammenarbeit weder der sieben großen westlichen Industriestaaten in Williamsburg noch der zehn westeuropäischen Staaten in Stuttgart erfüllt.

Es fehlen Wegmarken für eine positivere Wirtschaftsentwicklung und den Abbau der hohen Arbeitslosigkeit. Es erfüllt nur mit geringer Befriedigung, daß auf beiden Gipfeln offene Kontroversen vermieden wurden. Das beschleunigte Verfahren zur Vorbereitung der Sachentscheidungen muß jetzt am 6. Dezember 1983 in Athen zu Lösungen geführt werden, die den Fortschritt der Europäischen Einigung sichern und damit den Zerfall der seit 1958 insgesamt erfolgreichen europäischen Zusammenarbeit vermeiden.

Gemessen an den Ankündigungen und dem Programm vom 11. Januar 1983 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg ist die deutsche Präsidentschaft weit hinter den selbstgesteckten Zielen zurückgeblieben. Die feierliche Deklaration zur Europäischen Union schafft keinen Durchbruch. Weder ist ein Sparkonzept verabredet, noch eine Lösung der Finanz-, Agrar- oder Beitrittsprobleme gelungen. Auch die Zusage einer finanziellen Entlastung für Großbritannien läßt nicht erkennen, daß die europäischen Staats- und Regierungschefs gegenüber ihren eigenen kurzfristigen nationalen Interessen die langfristigen Chancen einer mit neuen Impulsen und Ermächtigungen ausgestatteten Europäischen Gemeinschaft richtig einschätzen.

Wer den Frieden sichern will, darf sich nicht darauf beschränken, Probleme zu verlagern oder das militärische Gleichgewicht durch Anhäufung von Vernichtungspotentialen zu gewährleisten. Friedenssicherung bedeutet Abbau von Spannungen und Konflikten nicht nur im militärischen, sondern vor allem im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich.

Nur ein vereinigtes, demokratisches, sozial befriedetes und fortschrittliches Europa kann durch seine Friedens- und Entspannungspolitik den demokratischen und liberalen Kräften im Ostblock und in der Dritten Welt zur Durchsetzung verhelfen.



Die westlichen Industriestaaten durchleben gleich mehrere Krisen: Neben der weltweiten Wirtschaftskrise die Krise der technisch-industriellen Revolution mit Wachstums- und Umweltproblemen; die Krise der Beziehungen zwischen den Industrieländern und den unterentwickelten Ländern in drei Kontinenten; und schließlich die Krise im Nachtgefüge der beiden Weltmächte USA und Sowjetunion, das in eine Rüstungsspirale einzumünden droht und die Frage nach der Rolle und nach dem Gewicht Europas neu und für die Zukunft entscheidend stellt.

Die Erfahrung zeigt, daß Europa nicht in einem kühnen Wurf, mit einem großen Plan oder einer Verfassung zu errichten ist. Es bedarf zäher Beharrlichkeit und vieler kleiner Schritte. Aber diese führen nur zum Erfolg, wenn die heißen Eisen wirklich angepackt und nicht immer weiter verschoben und Mißerfolge hinter wohlklingenden, aber inhaltsleeren Formeln verpackt werden.

Die europäische Stimme besitzt solange zu wenig Gewicht, wie sie vor allen Nettorechnungen zwischen Beiträgen und Rückflüssen aufmacht. Selbst wenn man - was in Zukunft noch weniger als bisher zutrifft - den Wert der Europäischen Gemeinschaft nur ökonomisch mißt, muß es um die Frage gehen, wie Europa mit seinem gemeinsamen Markt den Strukturwandel bewältigen kann und wie es seinen Platz in einer sich wandelnden arbeitsteiligen Weltwirtschaft finden soll.

Es muß der Gefahr begegnet werden, daß Mitgliedsländer nur ihre nationalen Interessen ohne Rücksicht auf die europäischen Belange verfolgen. Ein Zerfall der Gemeinschaft in einen ständigen Verhandlungspoker um nationale Vorteile kann nur vermieden werden, wenn Europa sich auf seine Frieden und Demokratie sichernde Rolle und seine Bedeutung, aber auch auf die Gefahren einer Zersplitterung besinnt.

Europa entstand mit der Hoffnung auf die Wirtschaft als Motor der Politik. Der Weg aus der Krise und weiterer Fortschritt wird jetzt nur zu gewährleisten sein, wenn die Politik sich jetzt als Motor der Wirtschaft und Gesellschaft in Europa begreift.

(-/22.6.1983/ks/ca)

+ + +



Zwischen Anspruch und Wirklichkeit  
-----

Bundesverteidigungsminister Dr. Wörner hält nicht, was er versprach

Von Fritz Gerstl MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Die Soldaten der Bundeswehr und die Wehrpflichtigen haben große Hoffnungen auf den neuen Verteidigungsminister gesetzt, denn seine Aussagen in der Opposition und bei seinem Dienstantritt haben erhebliche Erwartungen geweckt. Wir werden in den nächsten Monaten auf vielen Gebieten aufzeigen, inwieweit dieser neue Dienstherr der Soldaten seinen Versprechungen gerecht wird.

Heute will ich nur einmal die Situation der zur Ableistung des Wehrdienstes heranstehenden Wehrpflichtigen schildern und aufzeigen, wie weit Anspruch und Wirklichkeit auseinanderliegen.

Es ist langjährige Übung und hier kann den Kreiswehrrersatzämtern generell ein hohes Lob ausgesprochen werden, daß die Wünsche der Wehrpflichtigen auf eine möglichst heimatnahe Einberufung weitgehend berücksichtigt wurden. Nun wurden ab 1. Mai 1983 im Rahmen der Verwaltungsrationalisierung Computer eingesetzt. Bei der Dateneingabe steht aber der Einberufungsort an untergeordneter Stelle. Eignungssymbole und andere Daten der militärischen Stellen bestimmen die Ausbildungs- und Verwendungseinheiten und die Verwaltungsbeamten der Kreiswehrrersatzämter haben fast keine Einwirkungsmöglichkeiten mehr. Wo bleibt da die viel beschworene Menschlichkeit, die Rücksichtnahme auf persönliche Probleme und Verhältnisse in den betroffenen Familien? Der Mensch wird von der Maschine manipuliert und der zuständige Minister unterwirft sich dem Diktat der Maschine und dem sogenannten Sachverstand seiner Berater, ohne auch nur den Versuch zu unternehmen, durch Schaffung von Revisionsmöglichkeiten die Härten wieder ausgleichen zu können.

Weitere Probleme stellen sich bei den Abiturienten, den arbeitslosen Jugendlichen und den Bewerbern für Zeit- und Berufssoldaten. Die sofortige Einberufung von Abiturienten nach Beendigung der Schulzeit, das ist der 1. Juli jeden Jahres, gewährleistet in der Regel einen problemfreien Übergang vom Ende des Wehrdienstes zum Studium und vermeidet Wartezeiten. Zum 1. Juli dieses Jahres kann aber generell gesagt werden, daß eine Einberufung aller Abiturienten nicht möglich ist. Nur 2/3 bis 3/4 aller Wehrpflichtigen Schulabgänger können mit einer Einberufung zum 1. Juli 1983 rechnen.

Die Wehrpflichtigen und die Eltern dieser angehenden Staatsbürger in Uniform, die nicht den Vorzug haben zum 1. Juli einberufen zu werden, müssen weitere Belastungen tragen. Neben den ungerechtfertigt langen Wartezeiten vor und nach der Bundeswehr fallen für die Familie auch nach wenigen Monaten das Kindergeld und die Zuschläge, die sich aus den Beamtengesetzen ergeben, weg. Den Wunsch, zum Wehrdienst einberufen zu werden, haben zur Zeit aber auch viele arbeitslose Jugendliche. Wegen der dargelegten Situation bei den Abiturienten kann aber auch ihnen nicht geholfen werden. Sie trifft es besonders hart, weil arbeitslos zu sein, allein schon schwer ist, zumal die veröffentlichten Absichten der Bundesregierung erwarten lassen, daß das Arbeitslosengeld erheblich gekürzt wird. (In der Regel soll hier die Grundlage nicht mehr das vergleichbare Einkommen eines gleich ausgebildeten Beschäftigten sein, sondern die Ausbildungsvergütung.) Zudem wird die Suche nach einem Arbeitsplatz erschwert, weil die Unternehmer, auch wenn sie das nicht immer sagen, von der Einstellung eines Wehrpflichtigen für kurze Zeit und der Verpflichtung aus dem Arbeitsplatzschutzgesetz nach Ableistung des Wehrdienstes zurückschrecken.

Dies alles ist dem Bundesverteidigungsminister bekannt. Maßnahmen, die das Schicksal der Betroffenen erleichtern könnten, sind weit und breit aber nicht zu sehen.

Nun muß die Frage erlaubt sein, wie hält es der Minister mit seinen Aussagen während der Oppositionszeit und den starken Worten bei der Amtsübernahme? An den aufgezeigten Beispielen wird erkennbar, daß Herr Dr. Wörner bis jetzt seinen selbst gesetzten Maßstäben nicht gerecht geworden ist und Anspruch und Wirklichkeit deutlich auseinanderliegen.

(-/22.6.1983/ks/ca)

Vernünftiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier

D O K U M E N T A T I O N

Auf dem Parteitag der baden-württembergischen SPD hat der stellvertretende SPD-Vorsitzende Johannes Rau am vergangenen Wochenende unter anderem folgendes ausgeführt; wir veröffentlichen den Text in zwei Teilen:

Zwei Aufgabenfelder vor uns: Wirtschaft und Arbeit (Teil II und Schluß)

b/ Das ist noch nicht alles, was unter dem Stichwort qualitatives Wachstum zu sagen ist, Wir müssen auch über Inhalte sprechen. Was soll wachsen?

Daß wir es heute mit gewissen Marktgrenzen und Sättigungstendenzen zu tun haben, das ist ja so schlecht nicht. Oder wollen wir zum Beispiel den zahlenmäßigen Absatz von Medikamenten pro Kopf noch unbedingt steigern? Natürlich bedeutet dies nicht Stagnation. Was wir heute brauchen können, das sind nicht mehr Medikamente, sondern bessere. So auch bessere Autos (sparsamere, sicherere). Die Richtung hin zur qualitativen Steigerung, vom Mehr zum Besseren:

Dies scheint mir so etwas wie ein Schlüssel für die Bewegung der gegenwärtigen Zeit zu sein - sowohl bei dem, was sich in der Wirtschaft objektiv vollzieht, wie bei dem, was zunehmend mehr Menschen sich von ihrer Lebensgestaltung und von ihrer Lebensumwelt erhoffen.

Darum glaube ich, daß wir mit der Strategie des qualitativen Wachstums auf vielen Sektoren nicht nur die Anpassungskrise bewältigen können, sondern die Chance zu einem Neuen, Besseren nutzen können.

Das beginnt schon im Technischen. Zum Beispiel im Energiesektor läßt sich der Übergang zu mehr Qualität gut zeigen: Minderung von Energieverbrauch ist sowohl ökonomisch wie ökologisch vernünftig. Ähnliches gilt für die Sanierung von Innenstadtkartieren (statt des Baus neuer Trabantenstädte). Beide Strategien versuchen wir in Nordrhein-Westfalen nach Möglichkeit zu verwirklichen.

Ich denke nicht an globale Konjunkturprogramme: Die greifen nicht mehr, weil ungezügelter, globales Wachstum nicht mehr zu erreichen ist. Ich denke an gezielte Förderung qualitativen Wachstums in Bereichen,

- die arbeitsplatzintensiv sind, und die
- eine qualitative Steigerung erlauben.

Was die Finanzierung auf Bundesebene betrifft, so sollten wir uns nicht länger in die Ecke der Schuldenmacher drängen lassen. Kreditaufnahme ist gar nicht entscheidend. Sondern die wirklich große Finanzquelle liegt in der Beseitigung der Arbeitslosigkeit: In den gewaltigen Ausgabeinsparungen wenn wir sie nicht mehr oder nicht mehr in so hohem Masse finanzieren müssen, und in dem gewaltigen Finanzierungsstoß durch Steuern, Wertschöpfung und Nachfrage.

Damit komme ich zur Beschäftigungspolitik. Der wirkliche Durchbruch ist nur möglich in der Kombination der Strategien: Qualitatives Wachstum und Arbeitszeitverkürzung.

Die Arbeit neu verteilen

Warum wird die Arbeit weniger? Die Antwort ist im Prinzip einfach, jeder kennt sie: Menschliche Arbeit wird zunehmend durch immer intelligentere Maschinen ersetzt.

Ich verstehe den Zorn derjenigen, die technischen Fortschritt und Produktivitätszunahme grundsätzlich aufhalten wollen. Aber ich teile ihre Schlußfolgerungen nicht. Produktivitätsfortschritt ist Gewinn, der aus verbesserter Technik herausgeholt wurde. Er muß sich auszahlen für alle, für die Wirtschaft, für die Arbeitnehmer, für die soziale Sicherheit. Aber er muß da sein, um sich auszahlen zu können. Es gibt keine vernünftige Alternative zum technischen Fortschritt. Würde überdies Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt vernichten. Einzelne können aussteigen, Völker nicht.



Was aber können wir tun gegen die Arbeitsplatzverluste infolge der Produktivitätszunahme? Man hat lange gemeint: Das Wachstum des Sozialprodukts dürfe nicht geringer sein als die Produktivitätszunahme. Das war das Argument derer, die Wachstum mehr oder minder um jeden Preis forderten. Darauf auch baut die Aufschwungparole. Müssen wir infolgedessen ratlos bleiben, da sich zeigt, daß nach der Abschwächung des Wachstums dessen gewünschter Wettlauf mit der Produktivitätsentwicklung aussichtslos ist?

Nein: denn in Wahrheit hat die Gleichung nie gestimmt. Eine Harmonie der Produktion mit der Produktivität hat es nur vorübergehend während der stürmischen Wirtschaftsentwicklung in den Nachkriegsjahren gegeben. Produktivität schon seit 20 Jahren erheblich stärker als Sozialprodukt gestiegen. Des Rätsels Lösung, warum es gleichwohl in all den Jahren nicht zu großer Arbeitslosigkeit gekommen ist: Gewerkschaften haben den Arbeitsplatzverlust durch Produktivitätsvorsprung, durch erkämpfte Arbeitszeitverkürzung wettgemacht.

Oder anders: Arbeitnehmer waren bereit, einen Teil ihres Zugewinns als Freizeit statt als Geld zu akzeptieren. Das war vernünftig und das bleibt vernünftig, denn es hat Vollbeschäftigung gesichert! Die Arbeitnehmer sind dazu erneut bereit, die Gewerkschaften fordern es. Doch die Arbeitgeberverbände blockieren ihre Mitglieder; viele gegen deren bessere Einsicht. Ich meine: Der Tabu-Katalog muß zurückgezogen werden!

Ich sage für die Sozialdemokraten: Wir begrüßen es, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund die 35-Stunden-Woche zu einer gemeinschaftlichen und zentralen Forderung für die kommenden Jahre erhoben hat. Und wir werden die IG Metall und alle anderen Gewerkschaften, die mit der Tarifbewegung 1983/84 die 35-Stunden-Woche ansteuern, unzweideutig politisch unterstützen!

Es ist ja widersinnig, es ist ökonomisch schädlich, daß gerade in den letzten Jahren der stätige Prozeß der Arbeitszeitverkürzung, der trotz der hohen Produktivitätszuwächse Vollbeschäftigung sicherte, stark erlahmt ist. Er hat sich von Mitte der 70er Jahre an im Tempo halbiert - ausgerechnet mit dem langsamen Ansteigen der Arbeitslosigkeit, und natürlich zu einem guten Teil gerade Grund für sie.

Doch noch im Zeitraum von 1973 bis 1979 hat, so errechnete die Nürnberger Bundesanstalt, die Verkürzung der Arbeitszeit 824.000 Arbeitsplätze erhalten. Das belegt doch wohl eindeutig die Beschäftigungswirksamkeit von Arbeitszeitverkürzung, die neuerdings von den Arbeitgeberverbänden immer wieder bestritten wird.

Ich warne dringend vor der Fortsetzung dieser Blockade. Sie ist unmittelbar wirtschaftlich schädlich. Denn der Prozeß, der hinter dem Druck auf Arbeitszeitverkürzung steht - nämlich das Geringerwerden der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsmenge als Folge der Produktivitätsentwicklung -, der ist ja überhaupt nicht aufzuhalten. Aufgehalten werden kann nur die vernünftige Lösung, nämlich eine gerechte Verteilung der Arbeitsmenge. Das hat die Folge, daß die einen so viel arbeiten wie zuvor, die anderen gar nicht.

Friedhelm Farthmann hat das einmal gut zusammengefaßt: "Massenarbeitslosigkeit ist ja bereits Arbeitszeitverkürzung - Verminderung der Arbeitsmenge -, nur eben ungerechteste, die sozial schädlichste und die teuerste."

In der Tat: Auch die teuerste. Denn es ist doch ein Unding, daß unsere Gesellschaft bei zwei Millionen Arbeitslosen jährlich 50 Milliarden DM zahlt - das werden aber im laufenden Jahr noch erheblich mehr werden - dafür, daß nicht gearbeitet wird. Es ist nicht im Interesse des Gemeinwohls, daß wir Arbeitslose finanzieren statt Arbeitsplätze.

Ja, reden wir einmal über die Kosten der Arbeitslosigkeit. Zu den direkten Kosten kommt ja noch der Ausfall von Wertschöpfung durch erzwungene Untätigkeit. Den hat das DIW in Berlin bei zwei Millionen Arbeitslosen auf 200 Milliarden Mark pro Jahr geschätzt. Da ist noch nicht eingerechnet der volkswirtschaftliche Verlust durch den Verfall an Qualifikation und allgemeiner Arbeitsfähigkeit bei längerfristig Arbeitslosen.



Angesichts der gewaltigen Summe von 60 oder 70 Milliarden DM für 1983 allein an direkten Transferzahlungen nach Nürnberg und an Steuerausfällen sind auch die härtesten Kürzungsmaßnahmen zahlenmäßig belanglos - wie wir denn auch alles Kürzen und Sparen vergessen könnten, wenn wir die Arbeitslosigkeit nicht zu finanzieren hätten.

Wohl aber sind diese Kürzungen, ist das Ausbaden der Krise auf dem Rücken der Arbeitnehmer und gerade auch der Arbeitslosen - und Kohls Bundesregierung wird ja überhaupt nichts anderes übrig bleiben, wenn sie die Arbeitslosigkeit weiter steigen lassen, wenn die Kosten ins Unermeßliche steigen - wohl aber ist dies alles nicht nur sozial ungerecht, es ist auch volkswirtschaftlich schädlich. Es wird nicht nur zu einer Verarmung breiter Bevölkerungsschichten führen, sondern es wird auch die Nachfrage weiter schwächen und kann mittelfristig - wie das Beispiel England lehrt - einen allgemeinen Schrumpfungsprozeß der Wirtschaft, kann erhebliche Kapazitätsvernichtungen nach sich ziehen. So nährt die Krise sich selbst, weil keine wirkliche Abhilfe geschaffen wird.

Die Bundesregierung läßt hier schwere Verantwortung auf sich. Bundeskanzler Kohl hat im vorigen Jahr erklärt, nach seiner Meinung könnten wir uns in der jetzigen Situation nicht weitere Arbeitszeitverkürzungen leisten. Man müsse nicht nur über die Rechte reden, sondern auch über die Pflichten. Er hat offenbar die Vorstellung, Arbeitszeitverkürzung sei ein Luxus für den einzelnen Arbeitnehmer, auf den zu verzichten, er die Pflicht habe, weil wir ihn uns derzeit nicht leisten können. Welch ein Irrtum! Was wir uns nicht leisten können, ist die weitere Verzögerung von Arbeitszeitverkürzung und die mit dieser Verzögerung verbundene Finanzierung von Arbeitslosigkeit.

Ich appelliere an Helmut Kohl, sich einmal die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge anzusehen, insbesondere die direkten Auswirkungen auf den Bundeshaushalt.

In einem Punkt freilich gibt es auch bei vielen Menschen im Lande draußen ein Mißverständnis: Sie glauben, wenn weniger gearbeitet werde, dann werde auch weniger erarbeitet. Aber der Wert eines Produkts ist nicht abhängig vom Maß oder gar der Zeit der investierten menschlichen Arbeit - so schwer es für uns, die wir alle in den Traditionen der Arbeitsgesellschaft denken, sein mag, uns an diesen Gedanken zu gewöhnen.

Allgemein gesprochen: Es ist ein Irrglaube zu meinen, geringere Arbeitszeit bringe geringere Wertschöpfung und somit geringeren gesellschaftlichen Reichtum mit sich.

Liebe Freunde, viele Aspekte, die zu diesem Thema Zukunft der Arbeit gehören, kann ich nicht mehr erwähnen. Nicht unsere Aufgabe, behutsam ein neues Verständnis und vor allem ein neues Werteverständnis von Arbeit zu entwickeln. Nicht unsere Aufgabe, für ein künftiges gesellschaftliches Leben mit weniger Erwerbsarbeit, die Felder sinnvoller menschlicher Tätigkeit abzustecken: In Bildung und Kultur, im mitmenschlichen Bereich, im sozialen Bereich. Auch nicht die Chancen und Verpflichtungen, die sich aus der Verkürzung der Arbeitszeit für die Humanisierung der Arbeit, für die Mitbestimmung am Arbeitsplatz ergeben. Ich will zum Schluß nur einer Überzeugung Ausdruck geben: Die Strategie der Arbeitszeitverkürzung ist keine defensive. Eine Gesellschaft, in der es weniger Erwerbsarbeit gibt, die wird nicht ärmer sein. Aber sie hat die Chance, menschlicher zu sein.

Wir müssen uns genauer mit diesen Fragen beschäftigen in den nächsten Monaten und Jahren. Aber vor allem politische Aktion ist geboten. Arbeitszeitverkürzung ist das Gebot der Stunde. Laßt uns - wo das noch nicht der Fall ist - zusammen mit den Gewerkschaften in der Partei breite Diskussion und Willensbildung beginnen, die dann auch jene Bürger in unserem Lande erfaßt, die noch zu wenig wissen und noch nicht überzeugt sind.

(-/22.6.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

